

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis v. 29. Nov. bis 5. Dez.: 40 Gold-Pfg. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1,80 Mk. Einzelnummern 70 000 000 000 R. — Girokonto 50 b. d. Oberamtsparafasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Söberle u. Co. Wildbad. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum i. Bez. Grundr. 12 G. - außerh. 15 c. n. sch. Inf. Steuer. Reklamezeile 30 G. Schlüßelz. 1000 Mk. Rabat nach Tarif. Für Oport. u. d. Ausfertigung werden jew. 10 G. - Pfg. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Vortreibung notwendig wird, fällt jede Nachlagengewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt: Verlag und Schriftleitung Th. Gad in Wildbad.

Nummer 303

Februar 17

Wildbad, Samstag den 29. Dezember 1923

Februar 179

58. Jahrgang

Politische Wochenschau

Die Weihnachtsglocken klingen in diesem Jahr wie sonst bei Menschengedanken tief und voll von den Türmen, und wie sonst mischte sich mit dem Herzschlag aller lebenden Wesen in ihren Ton die Hoffnung der Menschen. Ist doch das Weihnachtsfest dasjenige Fest, das bei Jung und Alt von allen Feiertagen des Jahres am meisten zum Gemüt spricht. Das alte Jahr mit seinen Leiden und Enttäuschungen geht zu Ende, zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag. Wo wäre das Herz, das nicht sehnsuchtsvoll und hoffend schlägt, wenn der Fuß ein neues Fest betritt? All das, was das alte Jahr nicht gehalten hat, erhoffen wir vom neuen. Und das alte Jahr ist uns so viel, beinahe alles schuldig geblieben.

Der Überzeugung hat sich niemand mehr verschließen können, selbst ein Poincaré nicht, daß der Vertrag von Versailles eine Unmöglichkeit geworden und von Anfang an gewesen ist. Die Türken zerrissen mit dem Schwert den Friedensvertrag von Sevres. Der Vertrag von Neuilly, der das kleine Oesterreich erdrückte, wurde freiwillig von den "Siegen" ermächtigt. Dieser Tage ist auch der Vertrag von Trianon, der aus dem tausendjährigen ungarischen Reich ein Spottgebilde machte, zugunsten der Ungarn, wenn auch nicht hinsichtlich des Gebietsraums, so doch in seinen wirtschaftlichen Bestimmungen gründlich gemildert worden. Der Vertrag, der einzig und allein noch in seiner ganzen Unmöglichkeit und barbarischen Härte besteht, das ist der Vertrag von Versailles, den in der unglücklichsten Stunde der deutschen Geschichte Reichsregierung und Reichstag sich aufzwingen ließen. Diese Schuld pflanzt sich fort bis zum heutigen Tage, und wie lange noch? War es Verwegenheit, wenn das deutsche Volk in dieses Jahr 1923 mit der Hoffnung eintrat, auch der mit Deutschland geschlossene Vertrag müsse an sich selbst in die Brüche gehen? Statt dessen kam aus den nächstliegenden Gründen die schändlichste Verletzung und Überschreitung des Vertrags durch das Frankreich Poincarés und seines gefügigen Trabanten, Belgien. Am 11. Januar dieses Jahres marschierten die Heere dieser beiden Verbandsmächte über den Rhein in das Ruhrgebiet ein. Und sie stießen auf ein so schwaches Geschlecht. Wohl wurde der passive Widerstand ins Werk gesetzt, der den Feinden so sehr zu schaffen machte, daß wenigstens die Belgier nahe daran waren, sich wieder zurückzuziehen und den Franzosen allein das Wagnis zu übertragen. Und die deutsche Reddition des betroffenen Gebiets hat Wunder des Heldennutms vollbracht. Aber dem passiven Widerstand fehlte beinahe nur die Hauptsache: die feste, rücksichtslose Entschlossenheit den fremden Überfall bis in die letzten Folgerungen hinein zu bekämpfen. Es ist der Fehler der Regierung des damaligen Reichskanzlers Dr. Cuno gewesen, die immer davor zurückschreckte, die letzten Mittel anzuwenden, die doch notwendig waren, wenn man den feindlichen Rechts- und Vertragsbruch überhaupt bekämpfen wollte. Das Stürzen der Parteien, die Drohungen von Reichstagsfraktionen schienen ihm zu gefährlich. Cuno hat es nicht verstanden und er war wohl auch nicht die richtige Natur dazu, die helle Empörung des deutschen Volks über den brutalen Einfall auszumünzen. Cuno hat es verümt, sich die nötigen Vollmachten geben zu lassen; er hätte sie erhalten so gut wie Stresemann und dann März sie erhalten hat, und nötigenfalls hätte er, wo das Reich in Gefahr war, sogar eine Diktatur erreichen können. Hat man doch auch gegen Sachsen und Thüringen im ganzen Reich jetzt noch den militärischen Ausnahmezustand. An der Halbheit der Gegenwehr ist der passive Widerstand gescheitert, wie der Krieg durch die Unentschlossenheit eines Wehmann Hollweg verloren worden ist. Diejenigen, die an der Ruhr für die deutsche Sache ihr Leben in die Schanze schlugen, sind kläglich im Stich gelassen worden. Dazu kam der Erbfehler seit 1918, alles mit der Notensprelle machen zu wollen. Wir waren einfach fertig, als Dr. Stresemann am 12. August d. J. Cuno im Reichskanzleramt ablöste; der Kampf an der Ruhr war verloren, verloren durch die halben oder verkehrten Maßregeln der Reichsregierung, verloren aber auch durch die Schuld der Parteien, die sich von ihren Sonderinteressen wieder nicht so weit und so lange frei machen konnten, um die Regierung in der gefährlichsten Lage des Reichs rückhaltlos zu unterstützen und ihr womöglich noch dem äußeren Feind gegenüber das Rückgrat zu stärken.

Es wäre darum aber doch noch nicht nötig gewesen, den Kampf durch bedingungslose Kapitulation aufzugeben, wie Reichskanzler Stresemann glaubte tun zu müssen. Hatte sich die Reichsmark bis dahin immer noch auf dem erträglichen Stand von 40 000 gegen einen Dollar gehalten, so sprang sie nunmehr um das Zehn- und Hundertfache abwärts in den Abgrund hinunter. Das Ausland hatte das Vertrauen zu Deutschland verloren. 4,2 Billionen notierte die Berliner Börse heute. Deutschland ist ein wirtschaftliches Trümmerfeld mit 5 Millionen Arbeitslosen, ein gefährlicher Nährboden für die Unzufriedenen. Und wenig hätte gefehlt, daß Mitteleuropa den Zustand von 1920

Tagespiegel

Der neueste Bericht des deutschen Geschäftssträgers in Paris, von Hösch, bestätigt, daß auch die zweite Unterredung mit Poincaré kein anderes Ergebnis gehabt habe, als daß dieser sich bereit erklärt habe, weitere Vorschläge der Reichsregierung anzuhören.

Der Pariser Garantenausschuß, ein Unterausschuß der Entschädigungskommission, hat von der Reichsregierung Auskünfte über den Ernährungsstand in Deutschland eingefordert.

Die französische Kammer hat eine Vorlage angenommen, wodurch die Zahl der Abgeordneten von 626 auf 577 vermindert wird.

Die Moskauer Sowjetregierung soll beschloffen haben, ihren Handelsvertreter in Paris zurückzurufen. In Paris will man die Abberufung auf englische Umtriebe zurückführen.

Auf den japanischen Prinzregenten Hiro Hito gab ein japanischer Mann einige Schüsse ab. Die Fensterscheiben des Kraftwagens, in dem der Prinz fuhr, wurden zertrümmert, er selbst blieb unverletzt. — Das japanische Ministerium ist niedergelassen.

hätte wieder aufflammen sehen, nur wahrscheinlich in weit ausgedehnterem Maßstab und größerer Verbreitung. Stand doch hinter den Plänen die sächsische Regierung eines Zeigener, Plebmann und Böttcher. Dem raschen Eingreifen der Reichsregierung ist es zu danken, daß Deutschland vor einem gräßlichen Brudermorden von unabschätzbaren Folgen bewahrt geblieben ist, — ein Beweis wiederum, wie durch entschlossenes Handeln in gefährlichen Lagen Gutes geschaffen und Unheil verhütet werden kann.

Daß die nationale Unzufriedenheit auch auf der Gegenseite zu Explosionen führen konnte, lag nahe. Der Münchner Putsch vom 9. November ist als eine solche Explosion anzusehen. In seinen tiefsten Ursachen ist dieser merkwürdige Vorgang bis heute noch nicht ganz geklärt. Nach Behauptungen, die man heute in München vielfach hört, soll der Putsch herbeigeführt worden sein, um die nationalistische Bewegung, die man an die Namen Hitler und Ludendorff zu knüpfen pflegt, durch ihr vorzeitiges Losschlagen zu Fall zu bringen. Durch die bevorstehende Verhandlung gegen die Hauptbeteiligten vor dem Münchner Volksgericht — die bayerische Regierung hat die Verweisung des Falls vor den außerordentlichen Staatsgerichtshof in Leipzig als einen Eingriff in die bayerische Gerichtsbarkeit abgelehnt, und die Reichsregierung scheint um des lieben Friedens willen stillschweigend zugestimmt zu haben — wird hoffentlich die volle Wahrheit zutage gefördert und das Rätsel erschlossen werden, wie der bedeutendste Feldherr des Weltkriegs in eine Sache hineingeraten werden konnte, die man fast komisch nennen möchte, wenn sie nicht durch die ebenfalls noch nicht aufgeklärte Maschinenengewehrjagd der Augsburger Schutzpolizei einen so blutigen Ausgang genommen hätte.

In letzter Stunde hat sodann die Regierung, nachdem wertvolle Wochen und Monate durch den Haber der Parteien des Reichstags vergeudet worden waren, in dem Kabinett März wieder einen Halt bekommen und es konnten die wichtigen und schweren Aufgaben in Angriff genommen werden, von denen die wirtschaftliche und schließlich die nationale Lebensmöglichkeit des deutschen Volks abhängt. Vor allem ist dies die Durchführung der Währungsreform und die Rückkehr zu einem wertbeständigen Geld, wie man sagt. Es hat lange gebraucht, bis man eingesehen hat, daß die hundertertei wirtschaftlichen Zwangsgebote und Verordnungen, Steuern und Steuerchen die kranke Wirtschaft nicht heilen, sondern in Grund und Boden hinein verpuschen, und daß man jetzt fördern muß, was man vor wenigen Monaten noch mit schweren Strafen belegte. Diese Zeit der wirtschaftlichen Verirrungen ist hoffentlich vorbei für immer. Man hat sich wieder auf die alte Wahrheit besonnen, daß das wahre Geld und das wahre Wohl allein aus der Arbeit kommt und daß daher die Arbeit, die Erzeugung auf jede Weise gefördert werden muß, statt daß man sie, wie bisher, durch Verordnungen und eine verkehrte Steuerpolitik geradezu erdroffelte. Die Reichsregierung scheint jetzt den richtigen Weg beschritten zu haben. Er wird für das deutsche Volk dornenlos sein und schwere Opfer werden gebracht werden müssen, von allen ohne Ausnahme, aber es bleibt kein anderer Weg übrig, nachdem man das Uebel der "Inflation" hat so weit sich in die deutsche Wirtschaft hat einfressen lassen, daß heute weit über 400 Trillionen Papiermark herumschwimmen. Möge sich die Regierung nicht in Einzelheiten im Nüchternen verfehen, dann wird ihr das Volk trotz allem Schweren willig folgen, und in diesem Sinn Glück auf fürs neue Jahr.

Noch lastet freilich auf dem deutschen Nacken der Fuß des übermühten Siegers, noch sind wir nicht Herr im eigenen

Haus und sind gefesselt durch jenen Vertrag von Versailles. Noch steht es im Belieben Poincarés, uns "Abkommen" und Verträge als Diktate aufzuzwingen und "Sanktionen" anzuwenden. Aber das kann nicht länger so fortgehen, tiefer als jetzt kann Deutschland nicht mehr hinabgedrückt werden. Es wird und muß etwas geschehen, das der grauamen Peinigung ein Ende macht. Was den Türken, Oesterreichern und Ungarn gelang, sollte das den Deutschen, die an Volkszahl dreimal so stark sind wie diese drei Völker zusammengenommen, nicht gelingen? Der Vertrag von Versailles darf so, wie er ist, nicht bestehen bleiben, sonst geht Deutschland zugrunde, und da werden die 60 Millionen Deutsche doch noch zuvor ein Wörtchen mitsprechen haben. Die erste Aufgabe der Regierung in der Außenpolitik ist und bleibt die Aufhebung des Friedensvertrags, und das wird um so eher gelingen, je erfolgreicher ihre Arbeit ist, das Reich im Innern zu festigen und im Reichshaushalt wieder Ordnung zu schaffen. Es muß geschehen, was möglich ist; aber möglich ist, was nötig ist. Keine wertlosen papierenen "Proteste" mehr, dafür unbeugsame Entschlossenheit! Mag sich Poincaré auf der Höhe seiner Macht wähnen, — allem Anschein nach hat er sie bereits überschritten! In den letzten beiden Vertrauensabstimmungen in der französischen Kammer war die dagegen stimmende Minderheit bereits so stark wie nie seit 1920. In England wird Poincaré nie wieder eine Regierung finden, mag am 15. Januar eine Regierung der Arbeiterpartei oder einer Koalition gebildet werden, die ihm so willenlos folgte wie die Bonar Law oder Baldwin. Im italienischen Senat hat Mussolini der Ruhrpolitik Poincarés eine offene Absage gegeben. Und die Stimme der italienischen Regierung hat durch das gegen Frankreich gerichtete spanisch-italienische Bündnis — das war doch das tatsächliche Ergebnis des Besuchs des Königs Alfonso in Rom — eine andere Gewichtigkeit als bisher. In den Vereinigten Staaten aber ist man darüber hinaus, das "arme verlorne Frankreich" zu bemitleiden und zu begnähnen. Die Wiederbereden Lloyd Georges haben in Amerika auslösend gewirkt, noch mehr vielleicht die scharfen Angriffe, die das frühere amerikanische Mitglied der Entschädigungskommission, Herr Boyden, nicht nur gegen die Ruhrbesetzung, sondern gegen Poincarés Entschädigungspolitik überhaupt richtete. Wenn daher am 15. und 21. Januar die Sachverständigenkonferenzen in Amerika, Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens zusammentreten, so wird man sich erinnern müssen, daß damit ein Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Hughes verwirklicht wird, gegen den sich Poincaré erst mit Händen und Füßen sträubte und den er mit allen Kräften zu hintertreiben suchte. Gewiß werden wir nicht allzuviel von den Ausschüssen erwarten dürfen, aber es ist doch festzustellen, daß in der Tatsache der Ausschussberatung schon eine Ablehnung der bisherigen französischen Politik durch die übrigen Verbandsmächte liegt. Entweder müßten die Ausschüsse einig sein, also die französischen Forderungen an Deutschland billigen, dann wären sie nicht nötig gewesen, oder aber sie sind nicht einig, dann steht Poincaré vor der Wahl, sich löblich zu unterwerfen oder mit seinen Belgiern, Polen, Tschechen und Serben von den übrigen Verbündeten sich endgültig zu trennen. Es könnte scheinen, als ob Poincaré sich auf die letztere Möglichkeit einzurichten beginne. Anders ist ja die Schwere der Aufgabe seiner Politik kaum zu erklären, die plötzlich mit dem seither scharf bekämpften bolschewistischen Rußland die Fühlung aufzunehmen sucht, um es mit Afghankas gegen England in Asien auszuspielen, wie er seinerzeit die Türken gegen England und Griechenland ausgespielt hat, daselbe Griechenland, das er jetzt für den "Kleinen Verband" und als Gegengewicht gegen die verstärkte Geltung Italiens im Mittelmeer zu gewinnen trachtet. Ob Frankreich damit einen vollen Erfolg gewinnt in einer Zeit, wo der französische Franken so sehr sinkt, daß man es für nötig befinden hat, einen Teuerungsdiktator einzusetzen, mag dahingestellt bleiben; bis jetzt haben die Vorpostenstaaten Frankreich nur viel Geld gelöstet. — man denke nur an die unangenehm betülligte Kriegsrüstungsanleihe von 800 Millionen Franken und anderes.

Man hat das Gefühl, daß etwas Neues sich Bahn brechen will und kommen muß, und damit eröffnet sich für Deutschland in seiner tiefsten Not an der Schwelle zum neuen Jahr wenigstens eine Hoffnung. Daß sie nicht wieder zu Enttäuschungen führe, wird nicht zum wenigsten von Deutschland selbst abhängen. Darum wünscht das deutsche Volk seiner Regierung vor allem Festigkeit, die die erste Probe zu bestehen hat gegenüber dem unerhörten Urteil, das von dem französischen Kriegsgericht in Düsseldorf am 27. Dezember über deutsche Verwaltungs- und Polizeibeamte gesprochen wurde. 30 Jahre Zuchthaus, 38 Jahre Gefängnis neben verschiedenen schweren Geldstrafen für die selbstverständliche Pflichterfüllung bei dem Versuch einer bezahlten Rente von Sonderbündlern, Landesverrat und Gewalttaten zu begehen. Das ist der schimpflichste Peinlichkeitsschlag ins Gesicht der deutschen Nation. — Das Weihnachtsreden Poincarés an die Deutschen. Das Wah ist überdroll.



Das verleiht Nationalgefühl schreit nach Sühne. Das deutsche Volk verlangt unbedingte Festigkeit ohne Herausforderung, aber auch ohne Bedenken. Und wenn es der Franzmann nicht anders haben will, — gut, so sollen eben alle amüslichen Beziehungen abgebrochen werden, sie sind unter solchen Umständen doch nur Lüge oder verächtliche Sklaverei.

Der Lohnsteuerabzug

Aus der zweiten Steuernotverordnung verdienen noch die älteren Bestimmungen über die in ihren wesentlichen Grundzügen schon mitgeteilten Steuerabzüge vom Lohn festgehalten zu werden. Bisher waren vom gesamten Lohnbetrag 10 v. H. abzüglich fester Papiermarkermäßigungen nach dem Familienstand und des sogenannten Werbungskostenpauschalses als Steuer einzubehalten. Ab 1. Januar dagegen bleibt ohne Rücksicht auf den Familienstand des Arbeitnehmers und die Höhe des Arbeitslohns ein bestimmter Teil des Arbeitslohns, nämlich bei Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate fünfzig Goldmark monatlich, für volle Wochen 12 Goldmark wöchentlich, für volle Arbeitstage 2 Goldmark täglich, für kürzere Zeiträume 0.50 Goldmark für je zwei angegangene oder volle Arbeitsstunden vom Steuerabzug frei. Dieser sogenannte „steuerfreie Lohnbetrag“ tritt an die Stelle der bisherigen Ermäßigung für den Arbeitnehmer selbst und für Werbungskosten. Von dem den steuerfreien Lohnbetrag übersteigenden Teil des Arbeitslohns, also vom Ueberschuss, sind bei jeder Lohnzahlung bei einem ledigen oder kinderlosen verwitweten Arbeitnehmer 10 v. H., bei einem verheirateten Arbeitnehmer ohne Kinder 9 v. H., mit einem Kind 8 v. H., mit zwei Kindern 7 v. H. und für jedes weitere minderjährige Kind 1 v. H. weniger einzubehalten. Beispiele: a) ein lediger Arbeitnehmer bezieht 50 Mark Wochenlohn, der Steuerabzug ist 10 v. H. von 28 gleich 3.80 Mark, b) ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei minderjährigen Kindern bezieht 70 Mark Wochenlohn, der Steuerabzug ist 7 v. H. von 58 = 4.05 Mark.

Alle Arbeitgeber, mit Ausnahme derjenigen, die zu Beginn des Kalenderjahres 1924 nicht mehr als drei Arbeitnehmer beschäftigen, haben die einbehaltenen Beträge in bar oder durch Ueberweisung an die Finanzkasse abzuführen, und zwar jeweils für eine Monatsbefristung, spätestens bis zum fünften Tag nach dem Ablauf der Befristung. Daher sind z. B. die in der Zeit vom 21. bis 31. Januar 1924 einbehaltenen Beträge spätestens bis zum 5. Februar abzuliefern. Spätestens bis zum 5. eines jeden Kalendermonats ist der Finanzkasse eine Bescheinigung zu überreichen, in der die Uebereinstimmung der im abgelaufenen Kalendermonat abgeführten Steuerabzugsbeträge mit der Summe der tatsächlich einbehaltenen Steuerabzugsbeträge bestätigt wird. Arbeitgeber, die zu Beginn des Kalenderjahres nicht mehr als drei Arbeitnehmer beschäftigen, haben wie bisher Steuermortoren zu stellen. Im Gegensatz zu früher unterliegen dem Steuerabzug auch die Aufwandsentschädigungen, die den im privaten Dienst oder Auftragsverhältnis stehenden Personen gewährt werden. Bisher hatten die Arbeitgeber regelmäßig vierteljährlich Ueberweisungsblätter, Nachweisungen und Zusammenstellungen über den Steuerabzug im abgelaufenen Kalendervierteljahr auszufüllen. Diese Verpflichtung fällt während des Jahres weg. Die Arbeitgeber haben lediglich den ihren Arbeitnehmern ausbezahlten Lohn und die einbehaltenen Steuer unter Angabe des Zahltags fortlaufend aufzuzeichnen, wie dies in der Mehrzahl der Betriebe bereits der Fall ist.

Alle Einzelheiten der neuen Regelung ergeben sich aus den Durchführungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn, der Ende Dezember 1923 für eine im Januar 1924 erfolgende Dienstleistung gewährt wird. Das Gesetz über die Besteuerung der Betriebe tritt am 1. Januar 1924 außer Kraft. Die Arbeitgeberabgabe ist demnach letztmalig am 25. (27.) Dezember für die Zeit vom 11. bis zum 20. Dezember 1923 zu entrichten.

Neue Nachrichten

Die dritte Steuerordnung

Berlin, 28. Dez. Der Entwurf der dritten Steuerordnung ist vom Reichsfinanzministerium dem Reichstabinett zur beschleunigten Erledigung übergeben worden. Der Steuerertrag soll für das erste Vierteljahr 600 Millionen Goldmark ergeben, zusammen mit den andern Steuern 1300 Millionen.

Nach Waterloo

Eine Bawerngeschichte aus dem Tannus von Frh Ribel

Von weit und breit kamen Leute her; auch Herzog Wilhelm sandte einen Boten und ließ Heinrich Schilling nach seinem Schlosse in Wiesbaden entbieten, wo der Heimkehrer auf das Beifälligste von dem hohen Herrn empfangen und nachträglich mit der Tapferkeitsmedaille für die in der Schlacht bei Waterloo bewiesene Bravour ausgezeichnet wurde. Der lebenswürdige Fürst erkundigte sich bei dieser Gelegenheit auch eingehend nach dem jetzigen Verhältnis Heinrich Schillings zu seinem Weibe Anne Margret und vernahm gerührt und staunend über solche Seelengröße, daß Heinrich auf alle seine Rechte verzichtete, um das Glück und den Frieden der Wernerschen Eheleute nicht zu stören. Gebührt bedauerte der Herzog, daß ein Mann von derartiger Gesinnung die Absicht hege, nach vollzogener Scheidung und Regelung der Erbschaftsangelegenheiten wieder das Band zu verlassen und bei dem seltenen Mann, um ihn zum Weibchen zu bewegen, eine gute bezahlte Stellung im Staatsdienste an. Heinrich lehnte in seiner schlichten Weise unter der Begründung ab, daß nur ein ganz neues Leben in weiter Ferne die Wunden, welche das Schicksal seinem Herzen geschlagen habe, nach und nach heilen könne. Mit innigem Verständnis drückte ihm der Herzog die Hand und entließ den Baweren mit der Versicherung, daß er ihm stets in Gnaden gewogen bleibe und den innigsten Anteil an seinen ferneren Schicksalen nehme.

Und alles ging seinen Gang, wie Heinrich Schilling es mit Anne Margret, Konrad und den Seinigen vereinbart hatte. Der Rodenberger Hof verblieb Frau Katharina Schilling und ihrem Sohn Hansjörg, während Heinrich das Erbteil seines Stiefbruders erhielt. Den größten Teil desselben ließ er auf dem Rodenberger Hofe zugunsten Anne Margrets und seines Kindes stehen, durch welche Verfügung seine Stiefmutter in keinerlei Verlegenheit geriet, denn größere Kapitalien, um Heinrich ganz auszu zahlen, wären in dem immer noch unter der Einwirkung der langen Kriegsjahre

Die Sonderbündler der Pfalz

Paris, 28. Dez. „Echo National“ schreibt: „Sei eine ganz irrige Meinung, wenn man in Paris glaube, die Sonderbündler in der Pfalz seien etwa eine bodenkündige Regierung. Das seien sie so wenig als diejenigen im Rheinland. Davon könne man sich bei einem Aufenthalt in der Pfalz sehr rasch überzeugen. Die französische Regierung täte besser, selbst für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen, statt dies den wenigen Sonderbündlern zu überlassen.“

Südslawien und Rußland

Belgrad, 28. Dez. In politischen Kreisen wird erklärt, die Moskauer Sowjetregierung habe für die Wiederaufnahme der amüslichen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Südslawien die Bedingung gestellt, daß General Wrangel Südslawien verlassen müsse. Wrangel wird sich in den Vereinigten Staaten niederlassen. — General Wrangel hat mit französischer Unterstützung lange den Bolschewismus in Südrußland bekämpft, wurde dann aber im Stich gelassen und mußte insofern Manoeils an Kriegsmitteln Rußland verlassen. Er zog mit dem Rest seines Heers nach Serbien, wo er erst als Schutz gegen den Bolschewismus willkommen war.

Die Gehaltszahlung an die Beamten

Berlin, 28. Dez. Die Auszahlung der Beamtengehälter soll, wie der Volksanzeiger erfährt, von nun an wieder regelmäßig in gewissen Zeitabschnitten erfolgen, für nächsten Januar in zwei Teilzahlungen am 31. Dez. und 14. Jan. mit Steuerabzug in der Weise der Privatunternehmen. Von monatlicher oder vierteljährlicher Vorauszahlung muß vorläufig Abstand genommen werden.

Die Beschwerden aus Thüringen

Berlin, 28. Dez. Die Reichsregierung hat Kommissare nach Thüringen geschickt, um die zahlreich gegen die thüringische Landesregierung erhobenen Beschwerden zu untersuchen und nötigenfalls mit dieser Regierung wegen Abstellung der Mißbräuche zu verhandeln.

Antrag auf Aufhebung außerordentlicher Verordnungen

München, 28. Dez. Ein im Landtag eingegangener Antrag des Abgeordneten Dr. Roth (Bayerische Mittelpartei) verlangt die sofortige Entlassung der anfänglich des Hitlerpulsches in Schußhaft genommenen Personen, ferner die sofortige Aufhebung des Verbots der politischen Presse, die Gewährung der vollen Versammlungsfreiheit für die freie Bauernschaft im rechtsrheinischen Bayern und dementsprechend Aufhebung der entgegenstehenden Anordnungen des Generalstaatskommissars.

An der Münchner Akademie der bildenden Künste wurden die Professoren Becher-Gundahl, v. Feuerstein, v. Habermann und v. Herterich auf Grund der Altersgrenze von 65 Jahren in den Ruhestand versetzt. Die Studierenden erhoben Widerspruch.

Auf der langen Bank

Paris, 28. Dez. Die Entschädigungskommission hatte vor einiger Zeit das Gesuch der deutschen Reichsregierung, die in Amerika aufzunehmenden Lebensmittelanleihe von 70 Millionen Dollar das Vorkrecht der Sicherheit vor den Entschädigungsbedingungen einzuräumen, den verbündeten Regierungen zur Entscheidung überlassen. Das Blatt „Deure“ meldet, die Regierungen seien nicht abgeneigt, dem Gesuch zu willfahren, sie haben indessen die Entscheidung wieder der Entschädigungskommission überlassen.

Fransösisch-Italiensisches Bündnis

Paris, 28. Dez. Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch wird Mitte Januar zur Unterzeichnung des Bündnisvertrags mit Frankreich erwartet, der dem französisch-polnischen Vertrag nachgebildet ist. Nach dem „Temps“ werden künftig die Generalkonferenzen beider Staaten zusammenarbeiten. Die Staaten verpflichten sich, die Wiederherstellung der hohenzollernschen Dynastie zu verhindern. Oesterreich soll unabhängig bleiben, solange der Völkerverbund nicht einer Aenderung zustimmt. Nach Ungarn soll kein Habsburger kommen.

Amerikanische Hilfe

London, 28. Dez. Wie Reuter meldet, forderte in einer

Auskußversammlung des amerikanischen Kircherrats, die in Columbus (Ohio) stattfand, der Generalsekretär Pastor Mac Farland, die amerikanische Kirche müsse dem Protestantismus in Europa zu Hilfe kommen, sonst werde er untergehen. Alle Berichte melden, daß überall die protestantischen Liebeswerke und wohltätigen und erzieherischen Anstalten eingeschränkt oder geschlossen werden müssen, weil keine Mittel mehr vorhanden seien. Hier müsse dringend geholfen werden und es müssen durch eine Sammlung 1 1/2 Millionen Dollar aufgebracht werden.

Friedensgericht der mexikanischen Aufständischen

New York, 28. Dez. Eine Abordnung der Aufständischen ist in Mexiko eingetroffen, um der Regierung Friedensvorschläge vorzulegen. Der Gouverneur der Provinz Sinaloa, General Florenz, hat die Einkleidung der Verhandlungen nachdrücklich gefordert. — Bei Tamacula haben die Aufständischen eine neue Niederlage erlitten.

Reform der Rechtspflege

Der Reichspräsident hat zwei Notverordnungen zur Rechtspflege erlassen. Nach der einen können Strafsachen in Landesverratsangelegenheiten vom Reichsgericht an die Oberlandesgerichte der Länder überwiesen werden. Der Grund dafür liegt in Ersparnisrücksichten. Das Reichsgericht, bei dem ein Zehntel der Richter wegen der Altersgrenzen in den Ruhestand versetzt worden ist, kann die Fälle der Landesverratsachen nicht mehr bewältigen. Beim Oberreichsanwalt sind in den letzten sechs bis sieben Monaten etwa 1200 neue Landesverratsachen anhängig gemacht worden. Der betreffende Senat des Reichsgerichtes ist schon bis zum Mai nächsten Jahres mit Hauptverhandlungsterminen besetzt. Die Angekludigten müssen übermäßig lange in Untersuchungshaft sitzen. Nur die Sachen von großer politischer und namentlich außenpolitischer Bedeutung verbleiben dem Reichsgericht.

Die zweite Verordnung soll die außerordentlichen Gerichte ersehen. Das Reich kann die Kosten für diese Gerichte nicht mehr erschwingen. Um die Angekludigten nicht mehr lange in der Haft behalten zu müssen, sollen solche Sachen in einem beschleunigten Verfahren vor den Strafkammern abgeurteilt werden. Dahin gehören die des Landfriedensbruchs, der Mordverbrechen und des Auftrahrs, die sonst zur Zuständigkeit der Schwurgerichte gehören.

Außer diesen Verordnungen sollen für die Uebergangsjahre nächsten drei Monate die Strafgerichte ohne Schöffen und Geschworene urteilen können und für dieselbe Zeit sollen Privatklagen nicht verhandelt werden. Diese sollen nicht etwa verboten, sondern für diese Zeit ausgesetzt werden. Auch die Rechtsmittel sollen eine gewisse Beschränkung erfahren insofern, als gegen Geldstrafen Rechtsmittel nicht eingelegt werden dürfen. Für die Zeit nach dem 1. April sind weitere Ersparnismaßnahmen in Aussicht genommen zunächst durch Vereinfachung des Instanzenzugs, zunächst statt drei nur zwei Instanzen: Berufung oder Revision; ferner durch Besetzung der Oberlandesgerichte mit drei statt fünf Richtern, des Reichsgerichtes mit fünf statt sieben Richtern, sowie durch Einschränkung der Parteienwirkung. In den sogenannten großen Schöffengerichten sollen Laien nur nach Bedarf zugezogen werden. Auch für die Zivilrechtspflege sind verschiedene Ersparnismaßnahmen in Bearbeitung.

Württemberg

Stuttgart, 28. Dez. Vom Zug überfahren. Kommerzienrat Loh, Vorstand der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft in Mannheim, befand sich gestern nachmittags in Begleitung seiner Gattin auf einer Autofahrt nach Stuttgart. Bei Illingen, N. N. Autobahn wurde das Auto, als es einen schienengleichen Bahnübergang passierte, von Schnellzug 61 erfasst und zertrümmert. Frau Loh war sofort tot, Kommerzienrat Loh und sein Wagenführer erlitten verhältnismäßig leichte Verletzungen. Sie waren zunächst über eine Stunde lang bewußtlos und wurden mit dem nächsten Zuge nach Stuttgart transportiert und ins Katharinenhospital eingeliefert. Loh hat nur Schürfwunden am Kopf erlitten. Außerdem klagt er über Schmerzen in der Hüfte, nachdem sie ihre Söhne gebeten hatte, ihre Rückkehr in einigen Stunden zu erwarten. Mit der alten Entscheidung war sie auf der Grundmühle in die Wohnstube eingetreten, hatte, ohne das Vergangene mit einem Wort zu erwähnen, dem Müller und seiner Tochter derb die Hand geschüttelt und beide erlucht, sich fertig zu machen, um mit ihr nach dem Rodenberger Hof zu gehen. Ehe sich Vater und Tochter von ihrer Ueberraschung erholt hatten, waren sie von der resoluten Frau schon über die Schwelle geschoben worden. Auf alles Fragen der wibbegierigen Pauline, was denn um Himmelswillen los sei, erfolgte seitens der Bäuerin nur die Antwort: „Des werst du schon sehe, komm' nur mit!“

Der wortfarge Müllerandres hatte nur glücklich geschäft und mit dem Kopfe genickt, während er die Hausüre bedächtig schloß und mit langsamen Schritten den voraus-eilenden Frauen folgte. Er wußte, nun würde alles gut und sein liebes Kind glücklich werden. Denn daß die stolze Herrin des Rodenberger Hofes selbst auf die Grundmühle kam und ihn und die Tochter abholte, das war ihm der sichere Beweis dafür, daß Hansjörgs Liebe den Sieg über den Widerstand der Mutter davongetragen hatte. Auf dem Rodenberger Hof hatte es dann eine stürmische Verlobungs-szene gegeben, bei welcher Hansjörg in alter Lustigkeit abwechselnd die Braut, die Mutter, den Bruder und den Grundmüller umarmte. Bis in die späte Nacht hatten die Bläser aneinander geklungen und selbst über Heinrichs ernstes Gesicht war bei dem Anblick der Glückseligkeit des jungen Brautpaares ein zufriedenes Lächeln gesflohen.

Die Leute im Dorfe hatten nach der unerwarteten Heimkehr Heinrichs und nach dessen fast ebenso unerwarteter Verlobung mit der Stiefmutter allerdings viel zu munkeln und zu vermuten. Man erinnerte sich daran, daß die öffentliche Meinung Frau Schilling beschuldigt hatte, den Stiefsohn um sein Erbe gebracht zu haben und daß Heinrich selbst vergeblich Schritte unternommen hatte, um die Stiefmutter zur Anerkennung seiner Rechte zu zwingen.

(Fortsetzung folgt.)

leidenden Lande nur mit der größten Mühe aufzutreiben gewesen. Auf einen durch die Bitte Heinrichs bewirkten Erlass des regierenden Herzogs hin hatte die Kirchenbehörde die Vollziehung der Scheidung Heinrichs und Anne Margrets beschleunigt, so daß das betreffende Urteil schon vor einer Woche gesprochen worden war. Auch war es den vereinten Bestrebungen Heinrichs und Hansjörgs gelungen, die Mutter zur Einwilligung mit der Heirat Hansjörgs und der schönen Müllerstochter zu bewegen.

Frau Schilling war durch die vielen überstandenen Seelenkämpfe müde geworden; sie hatte einsehen gelernt, daß das wahre Glück des Herzogs nicht allein vom irdischen Besitz abhängt. Wohl hatte sie sich in wiedererwachtem Stolz nochmals gegen die Verbindung gewehrt, doch war ihr Widerstand auf die eindringlichen Vorstellungen Heinrichs hin, der seinen geliebten Bruder Hansjörg unter allen Umständen glücklich wissen wollte, immer matter und matter geworden und schließlich ganz erlahmt, als beide Söhne sie auf die gefährliche Rittwiesenschaft des Grundmüllers an den früheren Vorgängen hingewiesen. Auch ließ sich gegen das Mädchen selbst ja weiter nichts einwenden, als daß es nicht so begütert war, wie dies Frau Schilling bei ihrer künftigen Schwiegertochter gewünscht hätte. Pauline war von musterhaftem Fleiß im Haushalt, genoh den tadellosten Ruf und stand in betreff ihrer äußeren Erscheinung die reichsten Bauernstöchter in der ganzen Runde aus. Das muntere Ding würde übrigens mit seinem immer gleichen Frohmüt einen ganz anderen, frischeren Geist in die weiten Räume des Rodenberger Hofes bringen, wenn es daleibst als Hausfrau schaltete. Wochten die mit heiratsfähigen Töchtern gelegneten Großbauern der Umgegend — samt dem Better Weiringer — die Rosen darüber räumpfen, daß Hansjörg keine bessere Partie machte — für sie, die Mutter, war es die Hauptsache, daß ihr heißgeliebter Sohn wahrhaft glücklich wurde.

Dies hatte Frau Schilling alles ermogen und war am letzten Sonntag, ohne etwas von ihrer Absicht zu sagen, im höchsten Staat, mit einem ungeheuren Regenschirm bewaff-

Das Wetter

Vas dem Westen folgt ein Luftwirbel dem anderen. Nach am Sonntag und Montag ist mit vorwiegend bedecktem und zu Schneefällen geneigtem Wetter zu rechnen.

Handelsnachrichten

Dollarkurs (Berlin) am 28. Dez.: 4.2105 B.M. (und), New York 1 Dollar 4 (4), London 1 Pfd. Sterl. 18.5 (18.5), Amsterdam 1 Gulden 1.6 (1.6), Zürich 1 Franken 0.74 (0.714) Billionen.

Berliner Getreidepreise am 28. Dez. in Goldmark für 100 Kg.: Weizen (märk.) 16.10 bis 16.30, Roggen 13.80 bis 14, Sommergerste 15.50 bis 16, Hafer 12.50 bis 13, Weizenmehl 24 bis 27.50, Roggenmehl 22.50 bis 25.50, Kleie 7.50 bis 8, Raps 26 bis 26.50, Rapskuchen 11.50 bis 12.75.

Devisenkurs

(In Millionen)

Berlin	27. Dezember		28. Dezember	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	1698.00	1604.00	1598.00	1604.00
Belgien	187.30	184.70	189.25	190.75
Norwegen	8264.30	295.70	821.43	824.57
Dänemark	7.1116	78.4882	7.1116	78.4882
Schweden	11092.20	1114.780	11092.20	1114.780
Italien	183.40	184.460	183.40	184.460
London	1835.000	184.6000	1835.00	184.6000
New York	189600	42105.00	4189500	4210500
Paris	211.470	2125.30	210.956	218044
Schweiz	19615	739.45	732150	741.850
Spanien	550820	553380	4852	551375
D.-Oester.	59.26	60.1	59.4	60.749
Prag	123690	124.310	123191	123.809
Ungarn	217.455	218.64	217.455	218.64
Argentin.	134682	135337	1346825	1353375
Zuklo	19750.0	19849.0	1945125	1954375

Reichsgoldanleihe 4.2
Dollarschwankeiungen 4.2 Billionen.
Trotzhandelsindex: 124.5 Gold
Lebensmittel: 107.2
Industriestoffe: 158.7
Einfuhrwaren: 159.4
Inlandwaren: 117.5
Lebenshaltungskosten (22. Dezember): 1150millardenfache.

Stuttgarter Börse, 28. Dez. Das Geschäft konnte sich heute nicht recht beleben. Mit Rücksicht auf das Jahresende und zur Beschaffung von flüssigen Mitteln wurde verschiedentlich zu Abgaben geschritten. Das herauskommende Material fand glatt Abnahme. Im großen ganzen haben die Kurse wenig Veränderungen aufzuweisen und man bleibt behauptet. Der Markt der Festverzinslichen lag etwas schwächer. 5 v. H. Süddeutsche Festwertbank-Obligationen gingen von 1.7 auf 1.5 zurück. Reichs-Gold dagegen wurde um eine Kleinigkeit höher mit 2.2 gegen 2 Billionen gehandelt. Goldanleihe zum Berliner Kurs angeboten, während Dollarkurs höher geblieben waren. — Bankaktien: Hypothekbank 2.5 (2.25), Rentenbank 7.0 (8.0), Vereinsbank 4.5. — Frauereiwerte: Ravensburg 3.4 (2.5), Wulle 8 (7.5), Ehlinger 5 G., Kettenmeyer 8 G., Pfauen 6 G., Junge Wulle 7, Hohenzollern 7 G. — Metallaktien: Württ. Metallwaren 60 (58), Hobner 45 (51), Andreas Koch 23 (25), Feinmechanik 53, Jungbans 12.5, Jungbans Vorräte 0.7 G. — Maschinenwerte: Daimler 4.6 (4.9), Magirus 4.8 (5.5), Ehlingen 10.9 (11.5), Hessler 7 (7.5), Reichs-Juliner 9 (9.5), Weingarten —, Laupheimer 42. — Spinnereiwerte: Erlangen 20 (15), Weingarten 50 G. (60), Pfersee 45 (48), Kottner 40 (35), Südd. Ruchen 28 G. (30), Filz 32 (35), Ehlingen 43 (39), Kattun 40 (45), Leinenindustrie 55 (50), Kolb-Schle 23, Unterbauern gestrichen. — Verlagsaktien: Deutsche Verlag 24 (28), Union 9 (10.5), Stuttg. Vereinsbuchdr. 1.1 (1.6), Beller behauptet. — Nahrungsmittelektien: Kaiser Otto 5.9 (6.5), Konserven Leibbrand 2.9 (3), Junge Konserven 2.85, Krumm 4.8 (5.8), Stuttgarter Zucker 11.25 (12), Stuttgarter Bäckermühle 13 (18), Knorr 9 (8.25), Salzwerk Heilbronn 120 (100). — Sonstige Werte: Bad. Anilin 30.5 (30), Bamberger Mälzerei 7 (5), Cementwerk Heidelberg 18 (17), Bremen-Verlag 36 (33), Verein Deutscher Del 21 (20), Straßenbahnen 3.6 (3.5), Junge 2.8, Köln-Rottweil 12.5 (14), Kraftwerk Altmühlentberg 14 (16), Weag 1.9 (10), Siegelwerke Ludwigsburg 16 (17), Romtag 2.1 Br., Germania Linoleum 24, Sania Metall 4, Reichswerke 3, Reichswerke Vorräte 1.2, Schleppschiffahrt auf dem Neckar 3 G., Stuttg. Glasp 50 G., Südd. Holz 15 G., Württ. Transport 19 Billionen. Württ. Vereinsbank.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt, 28. Dez. Dem heutigen Markt waren zugeführt: 237 Ochsen, 27 Bullen, 320 Jungbullen, 329 Jungrinder, 328 Kühe, 982 Kälber, 814 Schweine, 70 Schafe, 4 Ziegen. Unverkauft: 52 Ochsen, 80 Jungbullen, 69 Jungrinder, 78 Kühe, 102 Kälber, 100 Schweine. Verkauf: Bei Kälbern lebhaft, sonst langsam, Ueberstand. Ochsen 1. Sorte 35 bis 38 (20. Dez. 35 bis 38), 2.: 31 bis 32 (31 bis 32), Bullen 1.: 29 bis 33 (28 bis 31), 2.: 21 bis 27 (20 bis 26), Jungrinder 1.: 36 bis 40 (36 bis 39).

Gebäudebrandversicherung.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1924 an sind sämtliche Gebäude und Zubehörden zu den Friedens-Versicherungs-Anschlägen in Goldmark gedeckt. Alle bisherigen Feuerversicherungen werden mit dem 31. Dezember ds. Js. aufgehoben. Wenn bei einzelnen Gebäuden und Zubehörden die Deckung zu den Friedens-Versicherungs-Anschlägen nicht ausreicht, kann eine Feuerversicherung neu beantragt werden. Stadtschultheißenamt.

Die Verhältniszahl

für die

Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn beträgt in der Zeit vom 23.—31. Dezember 1923 **600 000.**

Finanzamt Reuenbürg.

Brotverbilligung für kinderreiche Familien.

Zur Verbilligung des Brotes erhalten besonders bedürftige kinderreiche Familien und zwar, wenn der Vater noch lebt, für die vierten und weiteren Kinder, und wenn er nicht mehr lebt, für die dritten und weiteren Kinder Beihilfen.

Kinder, die in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu erwerben, bleiben außer Berechnung. Von der Brotverbilligung ausgeschlossen sind Selbstversorger i. S. des § 31 Abs. 2 des Gesetzes vom 4. 7. 1922 (R.G.Bl. S. 549).

Die in Betracht kommenden Haushaltungsvorstände werden aufgefordert, ihre Anträge bei der Gemeindebehörde ihres Wohnorts einzureichen. Die Anträge müssen Angaben enthalten über

- 1) Familienverhältnisse,
- 2) Vermögensverhältnisse (getrennt nach Grundvermögen, Kapitalvermögen, Schulden usw.) und
- 3) Einkommens-Verhältnisse des Gesuchstellers und seiner Familienangehörigen.

Die Anträge sind am Montag, den 31. Dezember 1923, vormittags von 9—12 Uhr auf dem Meldeamt zu stellen. Wildbad, den 29. Dez. 1923. Stadtschulth.-Amt.

Wildbad, den 27. Dezember 1923.

Todes-Anzeige.

Gott, dem Allmächtigen, hat es gefallen, meine liebe Tochter, unsere Schwester, Schwägerin und Tante

Anna Pfeiffer

im Alter von 26 Jahren zu sich in die ewige Heimat zu nehmen.

In tiefem Schmerz

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 2 Uhr von der Villa Moltke aus statt.

Linden-Lichtspiele.

Samstag abend 9 Uhr, Sonntag nachm. 5 Uhr und abds. 9 Uhr

Eppelein von Geilingen

Ein alt Nürnberger Ritterspiel in 7 Akten.

Lotte, Du süße Maus!

Orig. amerikanische Grotteske in 2 Akten.

Eine Gebirgs-Radtour

Naturaufnahme.

Die Kinder-Vorstellung

findet nicht heute, sondern Sonntag nachm. punkt 2 Uhr statt. Einlaß 1/2 Uhr.

Res. Platz 30 Pfg., I. und II. Platz 20 Pfg.

Zur anderen Vorstellung haben Kinder keinen Zutritt.

Apollo-Lichtspiele Calmbach

Fortsetzungs-Programm:

Samstag den 29. Dezember

Anfang 8 Uhr abends,

Sonntag den 30. Dezember

Anfang 3.00, 5.30 u. 8.15 Uhr.

Die Frau mit den Milliarden

Der VI. Teil des Kolossal-Filmwerks in 8 Abtlg. n. d. gleichn. Roman v. Carl Figdor „Die Herrin der Welt“.

Sensationell! Hochinteressant! Spielt in Amerika.

Kolossale, verblüffende Aufmachungen!

Sie staunen über die Verwandlungen!

Hauptdarsteller:

Maud Fergusson und Pippi Hühnchen, Mia May, Allan Stanley und Wenzel Brzezina, Paul Hansen, Hannibal Harrison, Wilh. Diegelmann, Jonathan Flischer, Hermann Picha, Snappy Bullbox, Victor Jansen, Theateragent Karpales, Paul Morgan

Das Eides Columbus

Schwank in 1 Akt.

Voranzeige

für Samstag u. Sonntag, 5. u. 6. Jan. 1924:

VII. Teil: Die Wohltäterin der Menschheit.

Erstklassige Musik! Erstklassige Musik!

Fußball-Verein Wildbad

Vereinigte Fußball- u. Sportverein.



Am Dienstag, den 1. Januar (Neujahr) abends 8 Uhr findet im Vereinslokal „Alte Linde“ ein

gemütliches Beisammensein statt und werden die

Mitglieder hierzu freundlichst eingeladen.

Nichtmitglieder haben keinen Zutritt.

Der Ausschuß.

Pfannkuch & Co

Zu

Sylvester:

Rum und Arrac

echt und Verschnitt

Punsch-

Essenzen

Weinbrand

Schwarzwälder

Kirsch- und

Zwetschgen-

wasser

Steinhäger.

Große Auswahl

in

Likören.

Pfannkuch & Co

G. m. b. H.

in dem bekannten Verkaufsstellen

Eine Rogghaarstrafe,

eine Kaffeemaschine,

sowie etwas

Porzellan

hat noch abzugeben.

Zu erfragen im Tagblatt.

Arac, Rum und Verlechnitt.

Med.-Drogerie A. u. W. Schmit.

Ziehharmonikas

kosten nur noch den halben Preis. Ziehig, vorhergehender Preis 50 Mk., jetzt 25 Mk., Ziehig, vorhergehender Preis 80 Mk., jetzt 40 Mk., bei Gebrüder Hohnloier, Pforzheim, Bergstraße 27.

Dieselbst sind auch gebrauchte Mandolinen, Gitarren und Geigen zu haben. Alle Reparaturen schnell und billig.

Alle Musik-Instrumente für Haus und Orchester von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empf. in reichster Auswahl

Musikhaus Curth

Großhandel und Einzelverkauf Pforzheim, Leopoldstr. 17

Telefon Altd. — Hochbrücke.

Klavier- und Harmoniumstimmer

kommt nach Wildbad.

Aufträge erbitte sofort an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Willy Sattler

Klaviertechniker und Konzertstimmer

Pforzheim

Gellertstr. 18

Tel. 1102